



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Niederschrift

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.09.2023
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:44 Uhr
Raum, Ort: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Kreistagssitzungssaal

Anwesend

Vorsitz

Dr. Ina Walenda

Mitglieder

Karola Blunck

Holger Gränert

Christian Schlömer

Peter Thordsen

Carsten Wiele

Thomas Baldzuhn

Hans-Jörg Lüth

Lisa Yilmaz

ab TOP 3

Nikolai Kamp

Torge Klein

Kirsten Zülsdorff

Rainer Bosse

Frank Dreves

stellvertretende Mitglieder

Markus Heerdegen

Vertretung f. Torben Ackermann

Hannes Thoms

Jens Kolls

Jan-Niklas Kuntzsch

Tom Bernd Reimers

Andreas Seidel

Dr. Johann Brunkhorst
Klaus-Christian Kalkhoff
Cornelia Strufe
Lars Wiese
Sven-Michael Chilla
Floyd Hammock
Rainer Böttcher
Arno Jöhnk

Vertretung f. Jannis Daas

beratende Mitglieder

Hans Müller

Politik

Martin Harders
Angelika Klingenberg
Dr. Christine von Milczewski
Sabine Mues
Christopher Andresen
SPD-Kreistagsfraktion

Verwaltung

Jennifer Hentzschel
Andreas Marx
Michael Wittl
Christina Mönke
Lauritz Bilski
Manuela Dr. Freitag
Sabine Groeper
Silvia Kempe-Waedt
Carsten Ludwig
Personalrat
Christin Johannsen

Gäste

Dr. Andreas Höpken

Keine Teilnehmergruppe

Dennis Schultz

Abwesend

Mitglieder

Torben Ackermann

Sophie Marxen

Godber-Paul Andresen

Thorsten Uhrbrock

Janis Daas

stellvertretende Mitglieder

Christoph Arp

Raidum Rodde

Oliver Rumpf

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages
4. Niederschrift über die Sitzung vom 23.08.2023
5. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Verwaltungsangelegenheiten
 - 6.1. MV - Organisationsuntersuchung im FD Umwelt VO/2023/276
 - 6.2. BV - Verwaltung von Restmitteln aus den Fördermitteln Tierschutz VO/2023/302
7. Klimaschutzmanagement
 - 7.1. Klimaschutzmanagement: Antrag Klimaschutzfonds - Kronshagen PV-Anlage Feuerwehr VO/2023/288
 - 7.2. Klimaschutzmanagement: Antrag Klimaschutzfonds - Rieseby, KiTa PV-Anlage inkl. Speicher VO/2023/299
8. Verschiedenes

Öffentliche Vorträge: Beginn 18 Uhr

9. Nationalpark Ostsee
 - 9.1. Staatssekretärin Katja Günther: Wieso wir mit einem möglichen Nationalpark in der Ostsee den Meeresschutz stärken möchten
 - 9.2. Franziska Junge: Fachvortrag des MEKUN „Nationalpark Ostsee? Grundlagen, Ziele und mögliche Regelungen“
 - 9.3. Dr. Hans-Ulrich Rösner: Bericht zur Genese des NP Wattenmeer

Protokoll

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Die Vorsitzende Ina Walenda eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung. Sie merkt an, dass auf der Tagesordnung der TOP Umsetzungskontrolle fehlt. Sie merkt an, dass das Projekt „Errichtung und Betrieb einer Solarfreiflächenanlage auf der Deponie Alt- Duvenstedt“ bisher noch nicht umgesetzt wurde.

Die Vorsitzende verpflichtet die neuen Mitglieder Floyd Hammock (FDP) und Markus Heerdegen (CDU).

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.

zu 3 Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages

Frank Dreves (WGK) hatte in der letzten Sitzung eine Frage zum Thema CO₂-Fußabdruck für PV-Anlagen. Diese sind bisher nicht zufriedenstellend beantwortet. Andreas Marx (Fachdienstleitung Infrastruktur) gibt hier die Angaben seines Mitarbeitenden Jörn Voß wieder:

Schnell-Recherche:

Bei der Herstellung einer PV-Anlage entstehen ca. 50 g CO₂ pro erzeugten kWh Strom, wenn die Anlage 25 Jahre im Betrieb ist.

Energie Amortisation:

In Deutschland benötigt eine PV-Anlage weniger als 1,3 Jahre um den Strom zu produzieren, den die Herstellung benötigt hat.

Das heißt: Nach ca. 1,3 Jahren ist die Energie-Bilanz positiv.

Zum Vergleich CO₂ Ausstoß aus:

Erdgas – ca. 499 g/kWh

Steinkohle – ca. 830 g/kWh

Braunkohle – 1075 g/kWh

Quelle: Fraunhofer Institut.

Die Vorsitzende fragt, ob Frank Dreves diese Antwort so genüge, was dieser verneint. Herr Dreves erklärt, dass er danach gefragt hätte, ob durch die Klimaschutzagentur bei ihrer Berechnung der jährlichen CO₂-Einsparung des jeweils beantragten Förderprojektes, der so genannte Product Carbon Footprint (PCF), also die Berechnung der CO₂-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus der verbauten Produkte des jeweiligen Förderprojektes, von der Gewinnung der Ressourcen, über die Herstellung, den Transport, der Verarbeitung und der späteren Entsorgung, gegen-

gerechnet wird und im jeweiligen Ergebnis beinhaltet sei.

Der Geschäftsführer der Klimaschutzagentur Sebastian Hetzel merkt an, dass bei Projekten dieser Größenordnung diese Parameter nicht gefordert und somit auch nicht berechnet werden. Frank Dreves ist mit diesen Angaben einverstanden.

Weiterhin gibt es noch zwei Fragen von Frank Dreves, die seitens der Verwaltung im Nachgang beantwortet wurden.

1. „Verstehe ich es richtig, dass Seeadler gegen Zahlung getötet werden dürfen?“
2. „Wird es demnach überall Ausnahmen zum Tötungsverbot geben, da es derzeit keine belegbaren, erfolgreichen Vermeidungsmaßnahmen für Seeadler gibt?“

Stellungnahmen der Verwaltung im Nachgang:

Liegt ein festgestelltes erhöhtes Tötungsrisiko für den Seeadler vor, sind Maßnahmen zu ergreifen, die das Eintreten des Tötungsverbots gemäß § 44 (1) BNatSchG wirksam vermeiden (beispielsweise mahd- und erntebedingter oder phänologiebedingte Betriebsbeschränkung, Ablenkflächen, Zahlungen, Anti-Kollisions-Systeme usw.).

Der Antragsteller hat eine Zahlung in Geld zu leisten, soweit geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen nicht verfügbar oder Daten nicht vorhanden sind. (§ 6 Absatz 1 Satz 5 WindBG). Liegen vollständige Daten zu den Artenvorkommen vor und ist auf dieser Grundlage kein Verstoß sowohl hinsichtlich der Errichtung als auch des Betriebs der Anlage zu erwarten oder können alle zu erwartenden Verstöße durch Minderungsmaßnahmen hinreichend verringert werden, ist keine Zahlung in Artenhilfsprogramme anzuordnen. Eine Zahlung erfolgt in der Regel in Kombination mit einer Minderungsmaßnahme, allerdings darf die Minderungsmaßnahme nicht dazu führen, dass die Schwelle eines jährlichen Energieertragsverlusts von 6% des Jahresenergieertrags überschritten wird. Der Genehmigungsinhabende fällt dann nach § 6 Absatz 1, Satz 6 WindBG auf eine Zahlung in das Artenhilfsprogramm des Bundes zurück.

zu 4 Niederschrift über die Sitzung vom 23.08.2023

Hans-Jörg Lüth (SPD) kritisiert, dass in der Niederschrift keine Namen genannt wurden, sondern nur die Parteien der jeweiligen Mitglieder. Er wünscht ausdrücklich, bei Wortbeiträgen namentlich genannt zu werden.

Innerhalb des Gremiums wird darüber diskutiert. Es wird einstimmig beschlossen, für alle künftigen Sitzungen die Ausschussmitglieder namentlich zu nennen.

Frank Dreves bittet um Korrektur der Niederschrift: unter TOP 3.1 sind die Seeadler-Brutpaare nicht in Schwannsen sondern im Kreisgebiet angesiedelt.

Beschluss:

Nach diesen Änderungen wird die Niederschrift gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	3

zu 5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es liegen keine Beschlüsse vor.

zu 6 Verwaltungsangelegenheiten

zu 6.1 MV - Organisationsuntersuchung im FD Umwelt**VO/2023/276**

Michael Wittl berichtet vom Ablauf der Organisationsuntersuchung und fasst anhand der Vorlage die Ergebnisse zusammen.

**zu 6.2 BV - Verwaltung von Restmitteln aus den Fördermitteln
Tierschutz****VO/2023/302**

Dr. Manuela Freitag (Fachdienstleitung Veterinär- und Lebensmittelaufsicht) erklärt, warum eine flexiblere Verwendung der Restmittel für die Tierheime und den Tierschutz von Vorteil wären.

Hans-Jörg Lüth (SPD) gibt zu bedenken, dass dies nicht nur zum Ende des Haushaltsjahres gelten sollte.

Nach kurzer Diskussion innerhalb des Gremiums wird der Beschluss geändert gefasst.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt, dass die im Haushalt eingestellten Mittel für die Tierheime und Tierschutzprojekte für gegenseitig deckungsfähig erklärt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

zu 7 Klimaschutzmanagement

Die Vorsitzende führt anhand der Vorlagen kurz in die Thematiken ein.

zu 7.1 Klimaschutzmanagement: Antrag Klimaschutzfonds - Kronshagen PV-Anlage Feuerwehr

VO/2023/288

Beschlussvorschlag:

1. Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, Mittel in Höhe von 15.000,00 Euro für die Gemeinde Kronshagen zu gewähren.
2. Der Hauptausschuss beschließt, Mittel in Höhe von 15.000,00 Euro für die Gemeinde Kronshagen zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	1

zu 7.2 Klimaschutzmanagement: Antrag Klimaschutzfonds - Rieseby, KiTa PV-Anlage inkl. Speicher

VO/2023/299

Beschluss:

1. Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, Mittel in Höhe von 9.916,86 Euro für die Gemeinde Rieseby zu gewähren.
2. Der Hauptausschuss beschließt, Mittel in Höhe von 9.916,86 Euro für die Gemeinde Rieseby zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	1

zu 8 Verschiedenes

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Öffentliche Vorträge: Beginn 18 Uhr

zu 9 Nationalpark Ostsee

Nach kurzer Pause begrüßt die Vorsitzende die Gäste Katja Günther, Franziska Junge und Dr. Hans-Ulrich Rösner.

zu 9.1 Staatssekretärin Katja Günther: Wieso wir mit einem möglichen Nationalpark in der Ostsee den Meeresschutz stärken möchten

zu 9.2 Franziska Junge: Fachvortrag des MEKUN „Nationalpark Ostsee? Grundlagen, Ziele und mögliche Regelungen“

zu 9.3 Dr. Hans-Ulrich Rösner: Bericht zur Genese des NP Wattenmeer

Nach dem Vortrag werden aus der Mitte des Gremiums Fragen gestellt und das Für und Wider des Nationalparks Ostsee diskutiert.

Die Vorsitzende bedankt sich für die rege Teilnahme und schließt die Sitzung um 19:44 Uhr.

230928_NPO-Präsentation_RD öffentlich

1

1

Dr. Ina Walenda
Vorsitz

Jennifer Hentzschel
Protokollführung